

nachrichten

Präsident von Thai Airways suspendiert

Kanok Abhiradee muss sich für die hohen Verluste verantworten, die Thailands größte Fluggesellschaft im dritten Quartal 2005 verzeichnen musste. Genaue Zahlen wurden zwar nicht genannt, aber der Schaden war augenscheinlich so immens, dass sich die Regierung – die ebenfalls Teilhaber ist – einschaltete. Verkehrsminister Pongsak Raktapongpaisal ersetzte den Präsidenten durch ein vorübergehendes Komitee, welches vorerst die Geschäfte leiten soll. Es soll aber auch die Ursachen benennen, die für die sinkenden Passagierzahlen verantwortlich sind. Kanok machte zwar die gestiegenen Ölpreise und die Nachwirkungen des Tsunamis Ende letzten Jahres verantwortlich, doch hat die Branche insgesamt eher einen Aufschwung erlebt. Daher wird das Komitee auch analysieren, inwieweit Kanok Abhiradee persönliche Schuld trifft. Bis dahin bleibt er als beratender Mitarbeiter in dem Komitee.

vgl. BBC 11.8., Bangkok Post 12.8.2005

Notstandsgesetze für den Süden

Mitte Juli 2005 erließ das thailändische Parlament Notstandsgesetze für den Süden des Landes. Diese sollen es den dortigen Polizeibehörden ermöglichen, die Unruhen möglichst schnell beizulegen, doch es wird auch Kritik laut. Vor allem muslimische Thais klagen über Verletzung der Menschenrechte, denn die Polizisten dürfen aufgrund der Notstandsgesetze Festnahmen, Beschlagnahmungen, Abhör- und Überwachungsaktionen nunmehr auch ohne Verdacht durchführen.

Die Regierung wies jegliche Befürchtung und Kritik zurück und bemerkte, sie reagiere somit angemessen auf den Anschlag einige Tage zuvor. Einige Terroristen hatten in einem Dorf in der Yala-Provinz zunächst die Energieversorgung lahmgelegt und anschließend aus dem Hintergrund angegriffen. Sie griffen Geschäfte, Bars und Restaurants mit Molotov-Cocktails an und schossen von Motorrädern aus mit Maschinengewehren auf in

Panik geratene Passanten. Insgesamt fielen zwei Menschen dem Anschlag zum Opfer und 22 weitere wurden zum Teil schwer verletzt.

Premierminister Thaksin Shinawatra erklärte daher, die »Einschränkungen der Rechte« wären angemessen und notwendig, die »Mehrheit der Bevölkerung« zu schützen. Dies sehen Menschenrechtler freilich anders; Sunai Phasuk, Berater von Human Rights Watch Thailand bemerkte hierzu: »Dies ist Absolutismus, welcher in diesem Land nicht mehr existierte, seit die absolute Monarchie 1932 abgeschafft wurde«. Suriyasai Katalasi von der Campaign for Popular Democracy assistierte ihm: »Dieser Erlass bringt die Verfassung zu Fall, es werden mehr als 40 Artikel verletzt«. Politische Analysten hingegen befassen sich vielmehr mit den rapiden Strategiewechseln des Premierministers: Von harter, restriktiver Politik bis Kompromissfähigkeit wieder zurück zur harten Linie. Sie sehen hierin

den Ausdruck eines verzweifelten Versuchs von Thaksin, die Unruhen im Süden unter Kontrolle zu halten. Doch befürchten sie, dass gerade diese Notstandsmaßnahmen die falschen Maßnahmen seien, denn seit seiner Wiederwahl vor sechs Monaten vereinigt Thaksin ohnehin nahezu die gesamte Regierungsmacht in sich. Es sei daher nicht notwendig, anhand von Notstandsgesetzen in die Rechte der Bürger einzugreifen, was die Situation vermutlich weiter verschlimmern würde. Seit den Ausbrüchen Anfang letzten Jahres starben im Süden mehr als 800 Menschen, darunter viele Kinder, Mönche und andere Unschuldige. Die Notstandsgesetze betreffen die Provinzen Yala, Narathiwat und Pattani sowie Gebiete von Songkhla.

vgl. International Herald Tribune, 18.7.; The Guardian, 20.7.; Bangkok Post, 28.7.2005

Freihandelsabkommen in Gefahr

Der Besuch des thailändischen Verhandlungsteams in Neu Delhi Mitte August 2005 brachte die Gespräche über die indisch-thailändische Freihandelszone vorerst zum Stillstand. Verantwortlich hierfür ist vermutlich eine Liste der indischen Seite, welche etwa 1.100 so genannte »sensible Produkte« umfasst, die von dem Freihandelsabkommen ausgenommen werden sollten. Diese stieß jedoch bei den Thailändern auf erheblichen Widerstand, die eine Reduzierung der Liste auf höchstens 500 Produkte verlangten.

Ein weiterer Streitpunkt bestand in der Forderung der Thailänder, die Ursprungsregeln der Produkte (rules of origin / ROO) nach den Kriterien des Mehrwertes zu bemessen. Diese besagen, dass ein Produkt demjenigen Land zuzuschreiben ist, das mindestens

40 Prozent des Mehrwertes in das Produkt eingebracht hat. Die indischen Verhandlungsführer indes lehnen diese Wertschöpfungskriterien entschieden ab. Sie stellten fest, dass ihre Volkswirtschaft auf diese Art nicht angemessen geschützt wird, da unter anderem höhere Löhne und Renten ebenfalls den Wert eines Produktes steigern. Die thailändische Seite hingegen bekräftigte ihre Forderung mit dem Hinweis, dass die ASEAN das Ursprungsland eines Produktes ausschließlich mit den Mehrwertkriterien bestimmt. Doch Indien besteht auf die Beibehaltung der bisherigen Bestimmungskriterien, vor allem, um sich gegen Importe aus Drittländern wie China oder Korea zu schützen.

vgl. asia-times, 11.8.; Financial Express, 12.8.2005

Weltgrößter Satellit gestartet

Anfang August 2005 startete von Französisch-Guayana eine Rakete mit der »Thaicom 4« an Bord ihre Reise zu einer stabilen Umlaufbahn über Südostasien. Der sieben Tonnen schwere und 400 Millionen US-Dollar teure Kommunikationssatellit soll die asiatisch-pazifische Region, Australien und Neuseeland mit Hochgeschwindigkeitsinternet und Multimedia-Diensten versorgen. Er wird von dem thailändischen Unternehmen Shin Satellite gesteuert, welches der Familie von Ministerpräsident Thaksin Shinawatra gehört. Mit der »Thaicom 4« brachte Shin Satellite ihren vierten Satelliten ins All.

vgl. CNN, 11.8.2005

Anschuldigungen gegen Polizei

Der prominente thailändische Menschenrechtsaktivist Somchai Neelaphaijit, der zuletzt am 12. März 2004 gesehen wurde, fürchtete schon länger um seine Sicherheit. Seine Ehefrau Angkana beschuldigte vor einem Gericht in Bangkok thailändische Polizisten, sie hätten ihren Mann aufgrund seiner Arbeit genötigt und unter Druck gesetzt. Er hatte kurz vor seiner Entführung einen Bericht veröffentlicht, der die Belästigung und Folterung von gefangenen Muslimen im Süden des Landes aufzeigt. Konkret klagte sie fünf Polizisten wegen der Entführung ihres Mannes an; die Ermittlungen laufen derzeit.

Menschenrechtsgruppen klagen seit mehreren Jahren über Diffamierung und Erschwerung ihrer Untersuchungen über die Methoden der Polizeibehörden im Süden des Landes.

vgl. BBC, 9.8.2005

Thaksin restrukturiert Kabinett

Premierminister Thaksin Shinawatra hat nach fünf Monaten seiner zweiten Legislaturperiode sein Kabinett teilweise neu besetzt. Betroffen waren insgesamt 17 Ressorts, die vor allem Inneres, Industrie und Handel betrafen. Viele Analysten sehen in diesem Einschnitt den Versuch, die Reputation von Thaksins Regierung wiederherzustellen. Diese ist gerade in den letzten Monaten im Zuge von Korruptionsskandalen auf höchster Regierungsebene eingebrochen. Die Regierung hat sich darüber hinaus unfähig gezeigt, die Unruhen im Süden einzudämmen und die thailändische Volkswirtschaft zu revitalisieren, so dass Thaksin um seine Regierungsfähigkeit fürchten musste.

Doch bleibt es fraglich, ob diese Maßnahmen, die von Analysten als »minimaler Kompromiss« angesehen werden, die Probleme des Landes beheben können. Denn es wurden in der Tat nur vier Ministerposten umbesetzt, die

anderen dreizehn Kabinettsmitglieder »tauschten« nur ihr Ressort. Zum anderen wird sich die politische Linie ohnehin nicht ändern, wie Somjai Paghaphasvivat, politischer Beobachter und Lektor an der Thammasat-Universität feststellte. »Die politischen Rahmenbedingungen haben sich nicht essentiell geändert – sie werden ohnehin von Thaksin festgelegt«, so der Analyst wörtlich.

Auch das neue Kabinett wurde bereits zum Schauplatz öffentlicher Kritik. So bekleidet Suriya Jungreangkit den neuen Posten des Vizepremiers und des Industrieministers. Suriya ist im vormaligen Kabinett, damals noch Minister für Verkehr und Transport, wegen Verdachts der schweren Korruption unter Beschuss seitens Opposition und Aktivistenvereinigungen geraten. Die meisten Beobachter sind sich darin einig, dass Suriya diesen Posten nur aufgrund seiner hervorragenden Beziehungen zur Familie Thaksins und seiner

nachrichten

starken Fraktion innerhalb der Regierungspartei Thai Rak Thai (Thais lieben Thais) erhielt.

Insgesamt wird der Kabinettswechsel vermutlich nicht dazu beitragen, den Ruf der Regierung zu wahren. Zu groß sind das Misstrauen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Vor allem die Stadtbewohner sind desillusioniert und stehen damit der neuen alten Regierung äußerst kritisch gegenüber. Die Stimmung in den Städten formulierte Somjai Paghaphasvivat folgendermaßen: »Für die Mittelschicht ist es [das Kabinett] die selbe alte Flasche«.

vgl. International Herald Tribune, 3., 4., 5.8.; asia-times, 4.8.2005

Mehr Aufmerksamkeit für den Süden

Thaksin verspricht mehr Aufmerksamkeit für den Süden des Landes. Er folgte damit einer Bitte von höchster Stelle: Ihre Majestät, die Königin von Thailand, bat alle Thais, gemeinsam gegen Gewalt an Unschuldigen anzukämpfen. Premierminister Thaksin Shinawatra flog mit sechs seiner engsten Mitarbeiter und Regierungsmitgliedern Mitte August 2005 in den Süden, vor allem, um Präsenz zu demonstrieren. Kurz zuvor hielt er eine Fernsehansprache, in der er die Bevölkerung im Süden anhielt, gegen »separatistische Aktivisten« vorzugehen und ihr Leben »ohne Angst vor Todesgefahren« weiterzuleben. Er reagierte damit auf die Drohungen von militanten muslimischen Vereinigungen, jeden umzubringen, der donnerstags und freitags arbeitet. Der Premierminister hierzu: »Nächsten Donnerstag werde ich wieder herkommen, länger bleiben

und noch mehr Besuche durchführen. [...] Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen und schenken Sie den Drohungen keinen Glauben, denn unser Militär und die Polizei bieten vollen Schutz«. Doch die Zahlen sprechen gegen ihn, denn seit Ausbruch der Unruhen wurden mindestens 800 Todesopfer gemeldet. So bleibt diese Geste eine symbolische: Die dreitägige Reise beinhaltete zumeist Treffen mit regionalen Behörden und Regierungsverantwortlichen, er traf sich aber auch mit lokalen Machthabern, religiösen Führern, Mönchen und Bürgern, die ihn zu sprechen wünschten. Darüber hinaus besuchte er verschiedene humanitäre Einrichtungen der Buddhisten und Muslime, um zu zeigen, dass beide Seiten unter den Unruhen leiden.

vgl. The Nation, 14.8.; Bangkok Post, 14.8.; AsiaSource, 13., 14., 15.8.2005

Überflutungen forderten zwei Menschenleben

Tausende Menschen mussten ihre Häuser verlassen, als Anfang August 2005 schwere Niederschläge auf die nördliche Provinz Chiang Rai niedergingen. Mehr als 5.700 Häuser, mehrere Straßen und Brücken wurden überflutet oder zerstört. Zwei Menschen wurden von den Wassermassen mitgerissen und kamen ums Leben.

Wie die meteorologischen Institute der Provinzen mitteilten, fielen innerhalb einer einzigen Nacht 200 bis 500 Millimeter Regen und die nachfolgenden Fluten betrugten mindestens 30 bis 50 Zentimeter Tiefe. Wichtige Transportrouten fielen den Regenfluten ebenso zum Opfer wie zahlreiche Felder und Dörfer. Mehrere Motorradfahrer mussten mit dem Hubschrauber in Sicherheit gebracht werden, da sie sich rechtzeitig auf »Inseln« retteten,

jedoch dort festsaßen. Zwar konnten die Schäden in Grenzen gehalten und aufgrund der schnellen Reaktionen der Behörden viele Menschen evakuiert werden, doch das Wetteramt fürchtet um eine Verschlimmerung der Situation. Wenn die Wassermassen aus den höheren Regionen zusammenfließen, um sich in einer einzigen Flut über die ohnehin geschädigten Gebiete zu ergießen, kann der wirtschaftliche Schaden enorm hoch werden. Daher wurden auch Tage nach dem Platzregen die Menschen in sichere Gegenden evakuiert, um weitere Todesopfer zu verhindern.

vgl. The Nation, 14.8., Thailand Daily, 14.8.2005